dbb europathemen

dbb beamtenbund und tarifunion

7. Jahrgang **aktuell** März 2012

Inhalt

Editorial:

Europa braucht neue Ziele **1**

Bericht aus den Institutionen:

Geburtsstunde einer Wirtschaftsregierung/ Griechischer Patient/ Van Rompuy wiedergewählt/ EP drängt auf Finanzmarktreformen/ Binnenmarkt verbessern/ Bürokratie abbauen/ Korruption in Europa/ Sorge um Ungarn/ Arbeitszeit der Binnenschiffer/ Equal Pay und Frauenquote/ **2-6**

dbb in Europa:

Kommission setzt falsche Prioritäten/ Betriebsrenten müssen sicher bleiben/ Mehr Luft für die Kommunen/ EU-Bildungsbericht/ Demokratie in der Krise?/ Zu Gast bei Asselborn/ Gespräche mit Freunden/ Europäischer Polizeikongress/ Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit **7-11**

Neues von der CESI:

Appell an die Staats- und Regierungschefs/ Kritik an diskriminierender Website/ Gespräche bei der CSI-F/ Gemischte Botschaften/ EWSA-Entschließung **12/13**

Bürger und Verbraucher:

Effizienz, Betrug und Führerscheine **14**

Ausblick:

Sozialpolitik nach dem T.I.N.A.-Prinzip

Termine **15-18**

Einblick:

Gespräch mit Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel

Impressum **19-22**

Editorial

Europa braucht neue Ziele

Der EU-Gipfel von Anfang März deutet es an. Schuldenbremsen allein werden nicht ausreichen, die europäischen Bürgerinnen und Bürger vom Wert Europas zu überzeugen, geschweige denn sie dafür zu begeistern. Die Wirtschaft zahlreicher EU-Staaten krankt. Arbeitslosigkeit droht vielerorts zur prägenden Erfahrung einer ganzen Generation zu werden. Besonders die Jugend ist betroffen. Und das alternde Europa kann es sich nicht leisten, seine Jugend zu verlieren. Die europäische Politik steht also vor der großen Herausforderung, den Schuldenabbau mit einer glaubwürdigen, konkrete Ergebnisse erzielenden Wachstumsstrategie zu verbinden. Europa braucht neue Ziele.

Neue Ziele werden gebraucht, um aus der krisenbedingten Lähmung wieder in eine europäische Bewegung kommen zu können. Die Bürgerinnen und Bürger brauchen eine neue Erzählung von Europa. Dieses Narrativ muss mehr beinhalten als Austeritätsprogramme. Gewiss bedarf es einer gesamteuropäischen Strategie für den Abbau der Staatsschulden, die die Lasten gerecht verteilt. Europa muss aber mehr leisten als das. Europa muss das Versprechen eines besseren Lebens in Freiheit und Frieden beinhalten. Es muss ein demokratisches Europa sein, das den sozialen Zusammenhalt sichert. Diese Ziele waren ein wichtiger Impetus für die Gründung der Gemeinschaften. Sie bleiben auch im 21. Jahrhundert die entscheidende Grundlage für die Verwirklichung eines europäischen Traums in einem nicht mehr geteilten, wiedervereinten Europa.

Der EU-Gipfel von Anfang März hat richtige Fragen aufgeworfen, sie aber noch nicht beantwortet. Das war auch nicht zu erwarten. Viel Zeit bleibt aber nicht mehr. Die Europäische Kommission sollte ihrerseits dazu beitragen, dass die soziale Dimension Europas nachhaltig gestärkt wird. Ihre jüngsten Veröffentlichungen, das „Grünbuch Umstrukturierungen“ und das „Weißbuch Renten“ erfüllen die Erwartungen der Menschen nicht. Wachstum entsteht durch neue Ideen, neuen Elan. Dazu braucht es mehr als strenge Haushälter, und der Mensch muss ins Zentrum des Interesses rücken. Gerade Europa, das noch immer ein Stück weit neu ist, kann mehr als nur (de)regulieren. Die europäische Einigung ist das Versprechen eines europäischen Strebens nach Glück.

Die Redaktion wünscht viel Freude beim Lesen

Bericht aus den Institutionen

Geburtsstunde einer europäischen Wirtschaftsregierung

Der Fiskalvertrag ist am 2. März von 25 EU-Staaten unterzeichnet worden. Darunter sind alle 17 Euro-Staaten. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat damit ein wichtiges Etappenziel erreicht. Sie bezeichnete den so genannten Fiskalpakt als „Meilenstein". Allerdings kündigte die irische Regierung an, für die Ratifizierung des Vertrags werde sie ein Referendum abhalten. Das birgt Risiken. Denn die Iren verweigerten in der Vergangenheit zumindest im ersten Anlauf wiederholt ihre Zustimmung zu wichtigen europäischen Vertragsrevisionen. Der Fiskalvertrag würde zwar nicht an einem irischen Nein scheitern, Irland erhielte aber keine Hilfen aus dem dauerhaften Rettungsschirm, sollte es diese noch einmal benötigen. Die Absicherung des Euroraums wäre also unvollkommen. Auf dem EU-Gipfel Anfang März war zudem viel von einer Wachstumspolitik für Europa die Rede, nach der die europäische Öffentlichkeit zunehmend verlangt.

Beobachter sprechen von der Geburtsstunde einer europäischen Wirtschaftsregierung. Immerhin haben sich nun mit Ausnahme Großbritanniens und Tschechiens alle Staats- und Regierungschefs der EU verpflichtet, nach deutschem Vorbild Schuldenbremsen in ihre Verfassungen aufzunehmen. Die Neuverschuldung darf nur noch 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Künftig soll die Staatsverschuldung durch die EU-Kommission kontrolliert und wirksamer sanktioniert werden. Sanktionen für ein Mitglied wird der Rat nur noch mit qualifizierter Mehrheit ablehnen können. Bisher musste er die Sanktionen mit qualifizierter Mehrheit beschließen.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) soll darüber wachen, dass die Schuldenbremsen überall binnen Jahresfrist nach Inkrafttreten des Vertrags Verfassungsrang erhalten. Der Fiskalvertrag kann in Kraft treten, sobald er von zwölf der 25 EU-Staaten ratifiziert worden ist. Die Bundesregierung erwartet, dass er zum 1. Januar 2013 in Kraft treten kann. Die Bundeskanzlerin erklärte, der Fiskalvertrag setze ein starkes Signal, „dass wir auf die Zukunft eines politisch vereinigten Europas setzen". Allerdings warnte Merkel auch vor zu großer Euphorie. Die Krise sei längst noch nicht ausgestanden. Besonders der französische Staatspräsident, der in diesen Wochen um seine Wiederwahl kämpft, wollte in dem Gipfel das Ende der Krise sehen.

Auf dem EU-Gipfel Anfang März wurde zudem viel über Wirtschaftswachstum gesprochen. Auch die europäischen Sozialpartner forderten eine konjunkturförderliche Beschäftigungs- und Wachstumspolitik. Konkrete Maßnahmen, die zu einer Beflügelung der rezessiven europäischen Konjunktur führen würden, wurden aber nicht beschlossen. Französische Ökonomen schrieben am 2. März in Le Monde, der Schuldenabbau sei kein Ziel an sich, sondern müsse mit einer Wachstumsstrategie einhergehen. So heißt es auch am gleichen Tag in der italienischen Tageszeitung Il Sole 24 Ore, es werde schwierig, den Ländern neue Sparkuren zu verordnen, deren soziale Folgen in der Krise nahezu untragbar seien.



Ankunft der Bundeskanzlerin am 1. März in Brüssel. Angela Merkel setzt auf ein „politisch vereinigtes Europa"
© Council of the European Union, 2012

Der griechische Patient

Griechenland hat die EU auch im Februar in Atem gehalten. Mehrere Geheiminformationen und vertrauliche Papiere sind an die Medien durchgestochen worden. Kaum ist das zweite Rettungspaket für Griechenland beschlossen, wird bereits über weitere unverzichtbare Hilfen spekuliert. Spiegel online meldete am 4. März, die Troika gehe von der Notwendigkeit eines dritten griechischen Rettungspakets in Höhe von 50 Milliarden Euro aus.

Die Londoner Financial Times zitierte bereits am 21. Februar aus einem hochvertraulichen Bericht der Troika aus Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF), das Griechenland auferlegte Sparprogramm stürze das Land voraussichtlich in eine tiefe Rezession. Die verbleibenden 34 Milliarden Euro aus dem ersten Rettungspaket (110 Milliarden Euro) und die 130 Milliarden des neuen wür-

den voraussichtlich nicht ausreichen, das Land aus der Schuldenfalle zu befreien. Auch der deutsche Bundesfinanzminister, Wolfgang Schäuble, hatte bereits am 24. Februar über weitere Rettungspakete spekuliert.

Dabei stand das zweite Rettungspaket zu diesem Zeitpunkt noch vor seiner Abstimmung im Bundestag. Es wurde am 27. Februar mit einfacher Mehrheit beschlossen. Viel Aufsehen erregte die niederländische EU-Kommissarin Neelie Kroes, die Anfang Februar davon sprach, Griechenland könne zur Drachme zurückkehren, ohne dass die Eurozone Schaden nähme. Die Kommission dementierte anschließend die Aussagen der Kommissarin. Die Ratingagentur Moody's stufte Griechenlands Kreditwürdigkeit allerdings am 4. März auf die niedrigste Stufe herab, rechnet also mit dem Zahlungsausfall des Landes, den Angela Merkel und Wolfgang Schäuble unbedingt vermeiden wollen.



Der neue Präsident des Europäischen Parlaments, der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz, sagte am 28. Februar vor dem griechischen Parlament in Athen: „Mit einer reinen Austeritätspolitik sparen wir uns zu Tode."
© European Parliament, 2012

Vorschläge aus der EU, Griechenland solle einen eigenen Kommissar bekommen, der sich um den finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes zu kümmern habe, stießen in Athen auf wenig Gegenliebe. Die Stimmung in Griechenland ist derweil auf einem Tiefpunkt angelangt. Die linksliberale Tageszeitung To Ethnos forderte am 21. Februar ein europäisches Konjunkturprogramm. „Unsere Partner sollten auch erkennen, dass, um uns zu helfen, nicht nur der Aderlass bei Schulden und Defiziten gestoppt werden muss, sondern vor allem die Rezession." Kritik an der europäischen Krisenstrategie übt auch die italienische Tageszeitung La Stampa: „Konfuse Botschaften und mangelnde Strategie haben ein lösbares Problem in ein explosives Chaos verwandelt", so La Stampa am 10. Februar. Die niederländische Tageszeitung De Volkskrant schrieb hingegen am 8. Februar, in ein paar Monaten sei es so weit. Griechenland werde seine wiederholt unerfüllten Sparversprechen nicht einhalten. „Und alle werden dann für einen Griechenland-Austritt gerüstet sein."

Van Rompuy wiedergewählt

Der ständige Ratspräsident Herman Van Rompuy ist am 1. März für weitere zweieinhalb Jahre im Amt bestätigt worden. Der ehemalige belgische Ministerpräsident gilt als sehr diplomatisch, zurückhaltend und doch effizient. Die Staats- und Regierungschefs schätzen seine Arbeit. Seine Wiederwahl galt schon im Vorfeld als gesichert.



Der ständige Ratspräsident Herman Van Rompuy, hier mit der dänischen Regierungschefin Helle Thorning-Schmidt, die die aktuelle, halbjährlich wechselnde Ratspräsidentschaft innehat
© Consilium, 2012

Das Amt des ständigen Ratspräsidenten ist mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt worden. Die Staats- und Regierungschefs wählten Van Rompuy zudem zwei Tage später auch als Nachfolger Jean-Claude Junckers in das Amt des Chefs der Euro-Gruppe. Der von manchem europäischen Politiker lange unterschätzte Strippenzieher präsidiert also die künftigen Gipfel der Euro-Länder. Ob das Amt des ständigen Ratspräsidenten langfristig Bestand haben wird, ist eine offene Frage. Die EU-Kommission, auch der deutsche Kommissar Günther Oettinger, plädiert inzwischen für die Direktwahl eines Europa-Präsidenten durch die EU-Bürger.

Bericht aus den Institutionen

Parlament drängt auf Finanzmarktreformen

Ende Februar wurden im Europäischen Parlament zwei für die Finanzmarktregulierung wichtige Berichte vorgelegt. Der Wirtschafts- und Währungsausschuss beschäftigte sich mit Berichten über die Finanztransaktionssteuer und Ratingagenturen in Europa. Im Parlament spricht sich eine parteienübergreifende Mehrheit für die Einführung der Finanztransaktionssteuer aus. Deren Gegner bleiben vor allem die britischen Konservativen, aber auch zahlreiche einzelne Abgeordnete. Die Abstimmung im Plenum ist für April angesetzt. In dem gleichfalls von einem sozialdemokratischen Berichterstatter eingebrachten Bericht über die Regulierung von Ratingagenturen wird die Gründung einer öffentlich-rechtlichen europäischen Ratingagentur vorgeschlagen.

Kommission will Binnenmarkt verbessern

Im April 2011 hatte die europäische Kommission mit der sogenannten Binnenmarktakte ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Verbesserung des europäischen Binnenmarkts vorgelegt. Darin wurden zahlreiche Vorschläge gemacht, wie die Vorschriften in Europa angepasst werden sollten, um die vier Grundfreiheiten des Binnenmarkts – freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und freier Kapital- und Zahlungsverkehr – noch stärker zu unterstützen. Der dbb hat hierzu kritisch Stellung genommen. Nun drängt der zuständige Kommissar Michel Barnier darauf, weitere Maßnahmen umzusetzen. Für Juni 2012 ist ein Bericht angekündigt, der darlegen soll, auf welche Weise die Binnenmarktvorschriften verbessert werden können.

Kommissar Barnier betonte Ende Februar nochmals die große Bedeutung, die den vier Grundfreiheiten zukomme. „Europas größter Trumpf bei der Bewältigung der vor uns liegenden wirtschaftlichen Herausforderungen ist für mich der Binnenmarkt." Bei der Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen seien echte Fortschritte gemacht worden, so der Kommissar weiter. „Jetzt müssen das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten unsere Vorschläge verabschieden, damit sie umgesetzt werden können und Bürgern und Unternehmen zum Nutzen gereichen." Vorschriften allein reichten aber nicht aus. Es müsse auch dafür gesorgt werden, dass der Binnenmarkt in der Praxis besser funktioniere.

Auf Grundlage des für Juni geplanten Berichts, der derzeit in der Kommission vorbereitet wird, soll bis Ende 2012 Bilanz gezogen werden. Dabei soll besonders untersucht werden, welche Bereiche noch Wachstumspotentiale haben und wie diese erschlossen werden können. Um das 20-jährige Bestehen des Binnenmarkts zu würdigen, sind für Oktober 2012 eine sogenannte Binnenmarktwoche und das zweite jährliche Binnenmarktforum geplant. Bis dahin sollen auch Fortschritte bei der praktischen Umsetzung der Binnenmarktpolitik erzielt werden. Die Kommission hat ihre Vorschläge dafür in einem Governance-Bericht zusammengefasst.



Michel Barnier: „Der Binnenmarkt ist Europas größter Trumpf"
© European Commission, 2012

Stoiber-Gruppe: Bürokratieabbau ausweiten

„Wenige Dinge auf Erden sind lästiger als die stumme Mahnung, die von einem guten Beispiel ausgeht." Mit diesem – für einen Brüsseler Bericht eher ungewöhnlichen – Mark-Twain-Zitat beginnt die Hochrangige Gruppe zum Bürokratieabbau unter Leitung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber ihre am 22. Februar veröffentlichte Studie zu Best-Practice-Beispielen. Im Vorwort erläutert der Vorsitzende die Zielsetzung des Berichts. Es gehe vor allem darum, den Ländern gute Beispiele für die Umsetzung der EU-Gesetzgebung zu bieten, weil „die europäische Ebene auch für bürokratische Belastungen verantwortlich gemacht wird, die ihre Ursache vor allem in der Art und Weise der nationalen Umsetzung europäischer Vorgaben haben. Dort gibt es zum Teil eklatante Unterschiede zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten".

Im Bericht werden neben generellen Betrachtungen zur sinnvollen Umsetzung von europäischen Vorschriften konkrete Beispiele aus den Ländern

genannt. Von den 44 detailliert beschriebenen Beispielen beziehen sich neun auf Deutschland oder eine deutsche Beteiligung. Dabei reicht die Spannbreite von einer ‚Grenzoffensive' zur Verringerung von Verwaltungslasten für kleine und mittlere Unternehmen an der bayerisch-österreichisch-tschechischen Grenze bis hin zur Schaffung einer einheitlichen Stelle zur Behandlung von Erstattungsansprüchen von Eisenbahnpassagieren.



Edmund Stoiber und José Manuel Barroso bei der Präsentation des Berichts zum Bürokratieabbau
© European Commission, 2012

„Ich appelliere an die Mitgliedstaaten, die in dem Bericht vorgestellten Beispiele zu studieren und aus ihnen Anregungen für die eigene Umsetzungspraxis zu ziehen. Wenn wir uns bei unseren Bemühungen um intelligente Regulierung gegenseitig inspirieren, können wir die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiter verbessern und zu mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa beitragen", so Kommissionspräsident Barroso. Der Bericht entfaltet keine unmittelbare Wirkung, sondern soll als Anregung dienen. Allein die bereits 2010 vorgeschlagenen Erleichterungen könnten nach Angaben der hochrangigen Gruppe bis zu 41 Milliarden Euro jährlich sparen.

Mehr Korruption in Europa?

75 Prozent der Europäer vermuten Korruption auf allen Regierungsebenen. Acht Prozent geben sogar an, im Laufe des vergangenen Jahres Bestechungsgeld gezahlt zu haben oder dass eine solche Zahlung von ihnen erwartet wurde. Die Daten stammen aus einer aktuellen Eurobarometer Umfrage, die am 15. Februar veröffentlicht wurde.

Laut Eurobarometer sieht eine überwiegende Mehrzahl der europäischen Bürger Korruption als dauerhaftes Problem an. Die Daten wurden im September 2011 erhoben. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten sind mitunter enorm: nur 25 Prozent der Dänen glauben, dass es Korruption auf nationaler Regierungsebene gibt. In Griechenland sind 99 Prozent dieser Ansicht. In Deutschland liegt der Wert bei 70 Prozent. Die EU-Kommissarin für Inneres Cecilia Malmström ist durch diese Zahlen alarmiert „Es ist enttäuschend, feststellen zu müssen, dass die tatsächlichen Ergebnisse bei der Korruptionsbekämpfung in der Europäischen Union hinter den Erwartungen zurückbleiben. Wie oft haben wir schon gesagt, es ist höchste Zeit zu handeln? Die Bürger Europas erwarten von den Regierungen ihrer Länder konkrete Schritte – sie sollen endlich etwas unternehmen."

Bemerkenswert ist, dass fast die Hälfte der Befragten angeben, die Korruption habe in den vergangen drei Jahren sogar zugenommen. Bestechung und Machtmissbrauch werden sowohl der öffentlichen Verwaltung (47 Prozent) als auch den handelnden Politikern (57 Prozent) zugetraut. Allerdings geben auch über zwei Drittel der Befragten an, Bestechlichkeit sei nicht zu vermeiden und habe es immer schon gegeben. Fast ebenso viele glauben, Korruption sei Teil der Unternehmenskultur ihres Landes.

Bundesregierung in Sorge um Ungarn

Am 13. Februar antwortete die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Grünen mit dem Titel „Einschränkung der Menschenrechte in Ungarn". Die Bundesregierung betont in ihrer Antwort, sie habe wiederholt ihrer Sorge über die innenpolitischen Entwicklungen in Ungarn Ausdruck verliehen. Sie begrüße, dass die EU-Kommission am 17. Januar drei Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet habe.

Die von der Kommission bemängelten Punkte betreffen das Zentralbankgesetz, Bestimmungen der neuen Verfassung über die Absenkung des Pensionsalters für Richter, Staatsanwälte und Notare sowie die Umwandlung des bisherigen Ombudsmanns für Datenschutz in eine nationale Datenschutzbehörde. „Die Europäische Kommission hat die ungarische Regierung darüber hinaus aufgefordert, Bedenken in weiteren Bereichen (Justizreform, Medienrecht) auszuräumen", heißt es in

der Antwort der Bundesregierung. „Die Bundesregierung begrüßt ausdrücklich, dass die Europäische Kommission erklärt hat, ihre Prüfung nicht auf gesetzestechnische Details zu beschränken, sondern die europäischen Grundwerte in die Prüfung einzubeziehen."

Der ungarische Regierungschef Viktor Orbán erklärte am 4. März in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: „Wir haben der Kommission die Entwürfe für Gesetzesänderungen zugeschickt. Nun warten wir auf ihre Antwort. Dann zeigt sich, in welchen Fragen es Lösungen gibt und in welchen nicht. Und dann setzen wir die Verhandlungen fort.

Vereinbarung über Arbeitszeit für Binnenschifffahrt

Die europäischen Sozialpartner des sektoralen sozialen Dialogs für die Binnenschifffahrt haben sich am 15. Februar auf eine Vereinbarung zur Arbeitszeit verständigt. Der EU-Kommissar für Beschäftigung und Soziales, László Andor, begrüßte die Einigung: „Die Sozialpartner des Binnenschifffahrtssektors wissen am besten, welche besonderen Anforderungen ihr Sektor beansprucht." Kernpunkte der Vereinbarung der Binnenschifffahrer sind eine, auf das Jahr gerechnet, durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden. Nachtarbeit darf die 42-Stunden-Marke nicht überschreiten. Die wöchentliche Mindestruhezeit ist auf 84 Stunden festgesetzt. Von täglich zehn Stunden Ruhezeit müssen sechs Stunden ununterbrochen sein. Der Mindestzeitraum für bezahlten Jahresurlaub beträgt vier Wochen.

Europäischer Equal Pay Day und Frauenquote

Die EU-Kommission hat den Equal Pay Day, also den Tag der Lohngleichheit, 2012 europaweit auf den 2. März gelegt. Der Equal Pay Day wird jedes Jahr immer an jenem Tag begangen, bis zu dem Frauen theoretisch arbeiten müssten, um den gleichen Lohn wie Männer im Vorjahr zu erreichen. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern liegt nach Zahlen der Kommission noch immer bei 16,4 Prozent. In Deutschland liegt das Lohngefälle hingegen bei etwa 23 Prozent. Deutschland belegt damit im europäischen Vergleich einen der hinteren Plätze. Entsprechend ist der Termin für den deutschen Equal Pay Day auch später. Dieses Jahr wurde er auf den 23. März gelegt. Unter anderem um die Einkommenssituation der Frauen in Europa zu verbessern, startete EU-Kommissarin Viviane Reding einen erneuten Vorstoß zu einer einheitlichen, europaweiten Frauenquote.

„Der Europäische Tag der Lohngleichheit führt uns vor Augen, wie viele Arbeitstage und -stunden die Frauen seit dem 1. Januar ‚unbezahlt' geleistet haben. Der Grundsatz `gleiche Arbeit, gleicher Lohn` ist seit 1957 in den EU-Verträgen verankert. Es ist höchste Zeit, dass er überall durchgesetzt wird", sagte die EU-Justizkommissarin und Vizepräsidentin der Kommission Viviane Reding. Teilweise sind die Unterschiede sehr gering, so wie in Polen mit zwei Prozent. Aber auch negative Beispiele gibt es, so etwa 27 Prozent Differenz in Estland. Während sich die Lücke in vielen Ländern langsam schließt, wird sie in einigen größer. Neben Frankreich und Portugal sind dies Bulgarien, Lettland, Rumänien und Ungarn.



Viviane Reding bei einer Pressekonferenz zur Frauenquote
© European Commission, 2012

Am 5. März forderte die Kommissarin in einem Interview mit der „Welt" eine europaweite Frauenquote. Die freiwilligen Selbstverpflichtungen seien gescheitert. „Nur 24 Unternehmen haben unterzeichnet, darunter kein einziges deutsches", so Reding. Die Unternehmen hätten sich zu einem Anteil von 30 Prozent Frauen in Führungspositionen bis 2015 und 40 Prozent bis 2020 verpflichtet. „Ich bin zu allem bereit. Die EU-Kommission hat in dieser wichtigen gesellschaftlichen Frage seriöse Arbeit geleistet", erklärte die Kommissarin im Interview. „Jetzt sind die anderen dran, die Regierungen und Unternehmen. Ich gebe ihnen noch einmal Zeit bis zum Sommer." Spätestens dann werde die Kommission aber handeln, wenn keine Änderung in den Mitgliedstaaten abzusehen sei.

Heesen: „Die EU-Kommission setzt falsche Prioritäten“

„Die EU-Kommission denkt die Gesellschaft ausschließlich in ökonomischen Kategorien“, sagt der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen. Der dbb hat zum Grünbuch der Europäischen Kommission über „Umstrukturierungen und Antizipierung von Veränderungen“ Stellung genommen. Heesen äußerte sich kritisch über das Grünbuch.

„Das Papier ist unausgewogen. Das Wettbewerbsdenken der Kommission ignoriert die sozialen Ziele der Europäischen Union“, so Heesen. Entschieden weist er Überlegungen der Kommission zurück, die Arbeitszeit der Beschäftigten zu erhöhen und die Löhne zu senken, um wettbewerbsfähigere Arbeitsplätze zu schaffen: „Wenn Brüssel von einem zu findenden Lohnanpassungsrahmen spricht, dann sage ich, den haben wir bereits in der Tarifautonomie der Sozialpartner.“



Peter Heesen kritisiert das Grünbuch Umstrukturierungen
© dbb, Urban, 2012

Heesen kritisiert die Kernaussagen des Grünbuchs. „Da ist von Humanressourcen die Rede, die aus nicht mehr wettbewerbsfähigen Strukturen abzuziehen seien.“ Die abhängig beschäftigten EU- Bürger würden auf diese Weise bereits sprachlich auf ihren wirtschaftlichen Nutzen reduziert. Auf Ablehnung stößt auch das politische Ziel der Kommission, die Flexicurity-Agenda wiederbeleben zu wollen. „Der dbb lehnt Flexicurity ab, da die Kommission zu großes Gewicht auf externe Flexibilität legt, also auf Lockerungen des Kündigungsschutzes“, so der dbb Bundesvorsitzende. Der dbb favorisiere hingegen eine Stärkung der internen Flexibilität, wie sie während des Krisenjahres 2009 sehr erfolgreich in Deutschland praktiziert worden sei. Immerhin bezeichne auch die Kommission die Kurzarbeitsregelungen als „innovativste Antwort auf die Krise“. Heesen vermisst eine Würdigung der Mitbestimmung. „Die Kommission lässt Chancen für die Weiterentwicklung der Arbeitnehmermitbestimmung völlig außer Betracht. Sie setzt falsche Prioritäten.“

Im Übrigen sei auch der öffentliche Dienst seit vielen Jahren von Umstrukturierungen betroffen. So erfolge aktuell eine einschneidende Reform der Bundeswehr, die einen Stellenabbau in erheblichem Umfang vorsehe. Auch in der Arbeitsverwaltung und der Sozialversicherung seien in den vergangenen Jahren weitreichende Umstrukturierungen erfolgt, und der Prozess dauere an. „Damit einher gehen ein über viel Jahre konstanter Personalabbau und eine immer größere Aufgabenverdichtung“, so der dbb Bundesvorsitzende. Heesen sieht diese Entwicklung skeptisch. „Das kann sich, zumal vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, nicht so fortsetzen. Wer funktionsfähige öffentliche Dienste will, darf diese nicht kaputt sparen.“

Betriebsrenten müssen sicher bleiben

Bereits vor Veröffentlichung des Weißbuchs Renten der EU-Kommission am 16. Februar waren einzelne Inhalte des Papiers bekannt geworden. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt kritisierte das Papier am Vorabend seiner Veröffentlichung. „Nach allem, was wir wissen, will die Kommission die Mindeststandards für Betriebsrenten anheben. Das klingt gut, ist aber schlecht“, so der dbb Vize. Dauderstädt bemängelt eine fehlende Brüsseler Sensibilität für das deutsche Betriebsrentensystem. „Eigentlich weiß die Kommission um den demographischen Wandel. Sie weiß um die Bedeutung von Betriebsrenten für die Alterssicherung. Ich verstehe daher nicht, wie sie Regelungen vorsehen kann, die Betriebsrenten ausgerechnet in einem der am schwersten von der Alterung der Bevölkerung betroffenen EU-Staaten schwächen.“

„Wir sind beunruhigt über das, was wir bereits über den Inhalt des Weißbuchs erfahren haben“, sagt Dauderstädt. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) warnt davor, das Betriebsrentensystem in Deutschland in Frage zu stellen: „Betriebsrenten werden in Deutschland freiwillig gewährt. Wenn sie sich aufgrund neuer EU-Regeln verteuern, kann das dazu führen, dass Arbeitgeber sie nicht mehr anbieten. Dann allerdings hätte die EU-Kommission das Kind mit dem

Bade ausgeschüttet." Dauderstädt sorgt sich, dass Vorgaben für das Eigenkapital verschärft werden, die zusätzlichen Finanzierungsbedarf auslösen würden. „Das würde die bisherigen Konditionen zwangsläufig verschlechtern."



„Bestehende Systeme nicht gefährden", Klaus Dauderstädt
© CESI, 2012

Dauderstädt wendet sich entschieden gegen eine Neuauflage der im Rat gescheiterten Portabilitätsrichtlinie. „Natürlich befürworten wir Regelungen, die die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa verbessern. Nur darf dies weder zu Sozialdumping führen noch zu einer Gefährdung bestehender Sozialschutzsysteme." Besonders die im öffentlichen Dienst üblichen Betriebsrenten seien überwiegend umlagefinanziert und damit nicht für Kapitaltransfers geeignet. Dauderstädt verweist darauf, dass in Bezug auf den Rechtsrahmen für deutsche Betriebsrenten Einvernehmen zwischen den Sozialpartnern bestehe. „Dieser Konsens darf nicht durch Einwirkungen von außen gefährdet werden", so Dauderstädt.

Die Kommunen brauchen mehr Luft

„Der Versuch, öffentliche Dienstleistungen weiter für den Wettbewerb zu öffnen, ist allzu offensichtlich", sagt Ulrich Silberbach. Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der komba gewerkschaft hat kein Verständnis für den Versuch der EU-Kommission, Dienstleistungskonzessionen im Wege einer neuen Richtlinie einer stärkeren Kontrolle zu unterziehen.

„Öffentliche Dienste müssen in öffentlicher Verantwortung bleiben. Brüssel muss den Kommunen mehr Luft lassen", verlangt Silberbach. Es sei zwar begrüßenswert, wenn Konzessionen unterhalb eines bestimmten Schwellenwerts gar nicht erfasst würden. Nur sei der im Richtlinienvorschlag gemachte Vorschlag einer Schwelle von fünf Millionen Euro zu niedrig angesetzt. Silberbach wendet sich entschieden gegen das Kommissionsvorhaben: „Diese Rechtsetzung ist mit der kommunalen Selbstverwaltung unvereinbar."



„Mehr Rechtssicherheit lässt sich mit diesem Vorschlag nicht erzielen", Ulrich Silberbach
© dbb, Urban, 2012

„Fünf Millionen Euro klingt nach mehr als es ist, weil wir hier zumeist von mehrjährigen Zeiträumen reden", sagt Silberbach. Die Vergaben erfolgten häufig für Konzessionen, die über mehrere Jahre laufen. Die Fünf-Millionen-Schwelle würde aber nicht pro Haushaltsjahr gelten sondern für die Gesamtdauer der Vergabe. „Mehr Rechtssicherheit lässt sich mit diesem Vorschlag nicht erzielen", zeigt der dbb Vize sich überzeugt. „Ich sehe keinen Bedarf für eine Neuregelung. Es gibt bereits verbindliche Leitlinien für Transparenz und Nichtdiskriminierung." Silberbach befürchtet negative Folgen für die Kommunen. „Dabei sollte die kommunale Selbstverwaltung doch eigentlich durch den Vertrag von Lissabon gestärkt werden."

„Die Kommission sollte dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht mehr Aufmerksamkeit schenken", so Silberbach. Die Richtlinie hätte, so heißt es in der aktuellen Stellungnahme des dbb, „gravierende Folgewirkungen insbesondere für den kommunalen Raum und dort speziell für die Abfall- und die Wasserwirtschaft sowie die kommunalen Verkehrsbetriebe". „Wenn die Reise weiter Richtung Liberalisierung und Privatisierung geht, wird ein dem Universaldienstprinzip verpflichteter Versorgungsauftrag nicht mehr aufrecht zu erhalten sein", befürchtet Silberbach. „Dabei brauchen wir gerade angesichts des demographischen Wandels auch in Zukunft zuverlässige, barrierefreie und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen."

Klitzing zu EU-Bildungsbericht

„Die Situation im deutschen Bildungswesen ist deutlich differenzierter, als sie von der Europäischen Kommission dargestellt wird", sagte Horst Günther Klitzing, Vize-Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands (DPhV) und stellvertretender Präsident der Bildungskommission (EDUC) der CESI am 28. Februar in Berlin. In einem gemeinsamen Bericht des Netzwerks Eurydice und des europäischen Statistikamts Eurostat unter dem Titel „Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa 2012" werden die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bildungssysteme der Länder analysiert. Der Bericht wurde den Bildungsministern der Mitgliedsländer von der Europäischen Kommission Anfang Februar übergeben.

Der Lehrermangel wird in dem Bericht neben der hohen Anzahl älterer Lehrkräfte auch auf den Mangel an jungen Hochschulabsolventen für das Lehramt zurückgeführt. „In Deutschland haben wir nicht das Problem zu weniger Lehramtsstudenten. Dennoch müssen wir auch hier dafür sorgen, dass der Lehrberuf attraktiv bleibt. Dafür müssen den Bewerberinnen und Bewerbern vor allem gute Rahmenbedingungen geboten werden", so der DPhV-Vize. Klitzing fordert zudem eine gezieltere Ausbildung des Lehrpersonals. „Lehrer müssen passgenau ausgebildet werden. Die Universitäten dürfen ihr Angebot nicht an den Bedingungen des Bildungsbereichs vorbei gestalten."



Horst Günther Klitzing
© DPhV, 2012

Die Studie vergleicht außerdem den Unterrichtsausfall in den Mitgliedstaaten. Der Prozentsatz der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler an Schulen, an denen der Unterricht aufgrund eines Mangels an qualifizierten Lehrkräften für die Kernfächer beeinträchtigt werde lag demnach 2009 im EU-Schnitt für naturwissenschaftliche Fächer bei etwa 15 Prozent, in Deutschland seien es deutlich über 40 Prozent gewesen. „Diese Zahlen führen in die Irre", so Klitzing. Die Kommission zeichne mit diesen Daten ein zu dramatisches Bild der deutschen Situation, die sich nicht pauschal mit wenigen Daten darstellen lasse. Dennoch gebe es durchaus Probleme in einigen Bundesländern, Lehrpersonal zu ersetzen, das kurzfristig aufgrund von Krankheit oder auch mittelfristig zum Beispiel wegen einer Schwangerschaft ausfalle. „Wir müssen dafür sorgen, dass es kontinuierlich auch jüngere Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen gibt. Ohne Reserve an Lehrpersonal steigt das Risiko von Unterrichtsausfällen", so Klitzing.

Europäischer Abend: „Macht oder Ohnmacht - Europas Demokratie in der Krise?"

Europa befindet sich in einer Phase des Umbruchs. Die Schuldenkrise hat die Rolle der EU in den letzten Monaten und Jahren grundlegend verändert. Wichtige Entscheidungen wurden teilweise binnen Tagesfrist diskutiert, gefällt und umgesetzt. Doch sind die europäischen Demokratien so schnellen und tiefgreifenden Veränderungen gewachsen? Wie gehen sie damit um, wenn grundlegende Entschlüsse nur noch im Nachhinein diskutiert werden können? Welchen Einfluss haben die europäischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Ländern und auf europäischer Ebene tatsächlich?



Europas Demokratie in der Krise?
© Andrew Skinner - Fotolia.com

Über diese Fragen diskutieren auf unserem 17. Europäischen Abend „Macht oder Ohnmacht:

Europas Demokratie in der Krise?“ am Mittwoch, 21. März, ab 19.00 Uhr im dbb forum berlin, Friedrichstraße 169:

- Markus **Beckedahl**, netzpolitik.org,
- Dr. Franziska **Brantner** MdEP, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss,
- Dr. Klaus **von Dohnanyi**, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a.D.
- Dr. Ulrike **Guérot**, Leiterin des European Council on Foreign Relations Berlin
- Sabine **Leutheusser-Schnarrenberger** MdB, Bundesministerin der Justiz, und
- Rainer **Wieland** MdEP, Präsident der Europa-Union Deutschland

Die Moderation übernimmt Prof. Dr. Eckart **Stratenschulte**, Direktor der Europäischen Akademie Berlin (EAB).

Hauptrednerin des Abends wird die Bundesministerin der Justiz, Sabine **Leutheusser-Schnarrenberger**, sein.

Zur Begrüßung spricht der dbb Bundesvorsitzende Peter **Heesen**. Das Schlusswort hält Dr. Sylvia-Yvonne **Kaufmann**, Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin (EUB).

Die Europäischen Abende sind eine gemeinsame Veranstaltungsreihe des dbb beamtenbund und tarifunion, der Vertretung der Europäischen Kommission, der Europa-Union Deutschland und ihres Berliner Landesverbands.

Das Programm der Veranstaltung finden Sie hier.

Peter Heesen zu Gast bei Jean Asselborn

Der dbb kann auf gute Verbindungen in Luxemburg bauen. Das gilt ganz besonders für den dbb Bundesvorsitzenden Peter Heesen. Am 16. Januar reiste Heesen auf Einladung des luxemburgischen Außenministers Jean Asselborn für ein ausführliches Gespräch nach Luxemburg. Der Außenminister und sein deutscher Gast sprachen über die Weltfinanz- und Euroschuldenkrise sowie weitere internationale krisenhafte Entwicklungen und ihre Folgen für Europa. Heesen ist insbesondere in seiner Verantwortung als Präsident der CESI sehr an diesen existentiellen Fragen interessiert. „Die Krise betrifft uns alle in Europa. Ihre Folgen treffen nicht zuletzt die Beschäftigten der öffentlichen Dienste vieler europäischer Staaten sehr hart. Auch wir Sozialpartner müssen nach Wegen suchen, die uns aus diesen Problemen herausführen.“ Jean Asselborn will mit Peter Heesen im Dialog über diese Fragen bleiben.



v.l.n.r. CGFP-Vizepräsident Claude Heiser, CGFP-Generalsekretär Romain Wolff, Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn und sein Gast, der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen
© CGFP, 2012

Gespräche mit Luxemburger Freunden

Seit Jahrzehnten verbindet den dbb eine stabile Partnerschaft mit seinem luxemburgischen Pendant, der Beamtengewerkschaft CGFP. Im Rahmen einer Begegnung mit dem luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn traf der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen am 16. Januar auch die Führung der Beamtengewerkschaft des Großherzogtums. Gegenstand der Gespräche mit der von CGFP-Generalsekretär Romain Wolff angeführten Gewerkschaftsdelegation waren unter anderem Strategien für den Abbau der Staatsschulden. Heesen plädiert für Altschuldenfonds, zieht eine kritische Prüfung der staatlichen Einnahmen solchen Ausgabenkürzungen vor, die einer wirtschaftlichen Erholung in der Eurozone zuwiderlaufen und den europäischen Zusammenhalt gefährden. „Die massiven Sparprogramme drücken die betroffenen Staaten in zerstörerische Rezessionsspiralen. Wir müssen die staatliche Einnahmeseite in den Blick nehmen“, so Heesen.

dbb in Europa

DPolG beim 15. Europäischen Polizeikongress

Der jährlich stattfindende Europäische Polizeikongress in Berlin trug diesmal den Titel „Vernetzte Sicherheit: Terrorismus - Cyber – Homegrown – International“. Traditional nimmt auch die Deutsche Polizeigewerkschaft mit einem Stand teil und informiert über ihre Arbeit. Zum Kongress kamen dieses Jahr insgesamt über 1600 Teilnehmer aus etwa 50 Ländern. Zu den Rednern zählten unter anderem Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm



DPolG-Chef Rainer Wendt mit der Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
© Windmüller, dbb, 2012

EU-Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit

„Wer den Berufseinstieg einmal nicht geschafft hat, der wird es auch später sehr schwer haben, eine Arbeit zu finden. Diese Abwärtsspirale müssen wir stoppen“, erklärte die Bundesvorsitzende der dbb jugend Sandra Hennig am 9. Februar in Berlin. „Wenn wir nicht bald den Trend in Europa umdrehen, droht ein Großteil einer Generation der Gesellschaft verloren zu gehen“, so der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt. Die beiden dbb-Vertreter äußerten sich anlässlich einer Mitteilung der Europäischen Kommission zur Initiative „Chancen für junge Menschen“, die helfen soll, mehr junge Menschen in Arbeit zu bringen. Der dbb hat zum Kommissionsvorschlag Stellung genommen.

Junge Menschen sind besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen: die Jugendarbeitslosigkeit erreicht in manchen Ländern fast 50 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt ausnahmslos in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union über der durchschnittlichen Arbeitslosenquote. In Spanien und Griechenland ist fast die Hälfte der unter 25jährigen arbeitslos. Die Situation in Deutschland ist zwar deutlich besser. Nach den Zahlen der Europäischen Kommission, die nach dem Erwerbsstatuskonzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berechnet wurden, liegt die Jugendarbeitslosigkeit hierzulande bei 9,1 Prozent. Damit ist sie aber immer noch drei Prozentpunkte höher als die Arbeitslosenquote der gesamten Bevölkerung.



Sandra Hennig: „Geringe Arbeitslosigkeit in Deutschland mit Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse erkauft“
dbb, 2012

„Deutschland steht im europäischen Vergleich gut da. Aber als europäisches Vorbild taugt der deutsche Arbeitsmarkt nur bedingt“, erläuterte Sandra Hennig. Die geringe Arbeitslosigkeit sei auch mit einem Rückgang der Normalarbeitsverhältnisse einhergegangen. Befristete Verträge und geringe Gehälter träfen dabei vor allem die jungen Arbeitnehmer. „Viele junge Menschen haben im Berufsleben nicht die Stabilität, die sie bräuchten, um an eine Familiengründung zu denken“, so die Chefin der dbb Jugend. Viel werde vom demographischen Wandel geredet, aber die Bedürfnisse junger Menschen dabei häufig außer Acht gelassen.

Klaus Dauderstädt begrüßte die Idee, stärker auf die europäischen Sozialfonds zurückzugreifen, um auf kommunaler Ebene Projekte gegen Jugendarbeitslosigkeit zu fördern. „Dennoch darf nicht die ganze Zuständigkeit auf staatliche Stellen abgewälzt werden, auch die europäische Wirtschaft trägt eine große Verantwortung, Arbeitsplätze zu schaffen.“ Die Kommission habe recht, die Lösung für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit am ehesten vor Ort in den Städten und Regionen zu suchen. Dann aber dürfe die Politik nicht gleichzeitig auf weitere Einsparungen im öffentlichen Dienst drängen.

Neues von der CESI

Appell an die Staats- und Regierungschefs

Das Präsidium der CESI hat sich am 6. März klar für eine Wachstumsstrategie der Europäischen Union ausgesprochen. Es reiche nicht mehr aus, allein auf die Stabilisierung der Finanzen zu fokussieren. Insofern begrüßte das Präsidium die Schlussfolgerungen des Europäischen Rats von Anfang März. Die Staats- und Regierungschefs hatten erklärt, sich verstärkt darauf konzentrieren zu wollen, die Wirtschaft im Binnenmarkt anzukurbeln. Das CESI-Präsidium appellierte allerdings an die Politik, die Stärkung des Binnenmarkts mit einer Vervollständigung der sozialen Dimension der EU zu verbinden.

Die CESI unterstützt auch den Brüsseler Wunsch nach effizienteren und effektiveren nationalen Steuersystemen. Allerdings dürfe dies nicht zu einer weiteren Belastung der Arbeitnehmer führen. Vielmehr solle stärker auf Steuergerechtigkeit gesetzt werden. Die Steuerverwaltungen der EU-Staaten müssten so mit Personal und Mitteln ausgestattet sein, dass sie ihrer hoheitlichen Aufgabe nachkommen können. Unterstützt wird auch das Bemühen der EU um eine Steigerung der Beschäftigungsquote. Vor allem die akute Jugendarbeitslosigkeit müsse dringend bekämpft werden. Die CESI befürchtet aber, dass mit Hilfe des so genannten Flexicurity-Konzepts eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zu Lasten der Arbeitnehmer vorangetrieben werden soll.

De Macker: Kritik an diskriminierender Website

„Das widerspricht vollkommen unseren Werten", kommentierte CESI-Vizepräsident und Vorsitzender der niederländischen Gewerkschaft CNV Publieke Zaak eine neue Internetseite. Die rechtspopulistische Freiheitspartei (PVV) unter Parteichef Geert Wilders, von dessen Duldung die niederländische Regierung abhängt, wendet sich online direkt an die Niederländer. Sie werden aufgefordert, von ihren Problemen mit Mittel- und Osteuropäern in der Arbeitswelt zu berichten. Über die Hotline können neben „Unannehmlichkeiten" mit Mittel- und Osteuropäern auch Berichte zum Verlust des Arbeitsplatzes aufgrund der Freizügigkeit abgegeben werden. Seit Veröffentlichung der Internetseite im Februar kam es in den Niederlanden selbst, aber auch europaweit, zu starker Kritik am Verhalten der PVV. Es besteht die Befürchtung, dass Diskriminierung und Intoleranz durch solche Maßnahmen noch verstärkt werden.



Eric de Macker: „Als europäischer Gewerkschaftsbund verteidigt CESI die Rechte seiner Mitglieder, völlig unabhängig von ihrer Nationalität."
© CNV Publieke Zaak, 2012

De Macker sieht in der großen wirtschaftlichen Krise die Gefahr, dass nach einfachen Antworten gesucht werde und deshalb schnell Migranten für die Lage auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich gemacht würden." In der EU müssen wir auch mit Arbeitnehmern und Arbeitssuchenden aus anderen Mitgliedstaaten solidarisch sein. Das ist das Grundprinzip des Binnenmarkts. Wie wir aus Erfahrung mit vorherigen Migrationswellen wissen, haben die westeuropäischen Staaten den großen Zustrom von Arbeitskräften gut aufnehmen können." De Macker fügt hinzu: „Natürlich sind wir keine politische Partei, sondern eine Gewerkschaft und halten uns in der Regel mit politischen Äußerungen zurück. Dennoch ist klar, dass die Freizügigkeit eine politische Wirklichkeit und ein Grundrecht in Europa ist und auch als solches behandelt werden sollte. Als europäischer Gewerkschaftsbund verteidigt CESI die Rechte seiner Mitglieder, völlig unabhängig von ihrer Nationalität. Unsere Politik schließt keine Arbeitnehmergruppen aus!"

Heeger zu Gesprächen bei der CSI-F

„48,5 Prozent unser jungen Menschen sind arbeitslos und das obwohl 1.5 Millionen von ihnen einen höheren Abschluss haben", beklagt Domingo Fernández Veiguela die Situation in Spanien. Der Ehrenpräsident der CSI-F und der Ende letzten Jahres gewählte Präsident Miguel Borra kamen Ende Februar mit dem neuen Generalsekretär der CESI, Klaus Heeger, zu Gesprächen über die aktuelle Situation in Spanien

und Europa zusammen. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit entwickelt sich zu einer schweren Hypothek für die Zukunft. Insgesamt sind über fünf Millionen Spanier ohne Arbeit.

In den Gesprächen wurde unter anderem diskutiert, wie die Wirtschaft gefördert und die öffentlichen Dienste erhalten werden können. Beides hänge eng zusammen. Dazu sei es wichtig, die öffentlichen Schulden in der Euro-Zone stärker als bislang abzubauen und Neuverschuldung zu vermeiden. Gleichzeitig müsse es aber auch gemeinsame europäische Anstrengungen gegen die Krise geben. CSI-F und CESI fordern eine schnellere Umsetzung der Europa 2020 Strategie, vor allem im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit. „In den 1960er Jahren wanderten hunderttausende spanische Arbeitnehmer mit geringer Ausbildung ins europäische Ausland ab, vor allem nach Frankreich, Deutschland und Belgien." So Fernández Veiguela. Viele von ihnen seien später zurückgekehrt. „Nun sind es ihre Kinder, die das Land verlassen um woanders Arbeit zu finden", beklagt der CSI-F Ehrenpräsident.



v.l.n.r. Domingo Fernández Veiguela, Klaus Heeger und Miguel Borra
© CESI, 2012

Gemischte Botschaften aus Brüssel

Bereits Anfang Februar äußerte CESI-Generalsekretär Klaus Heeger Zweifel, ob der neue Fiskalpakt tatsächlich wirksamer sein werde als der bisherige Stabilitäts- und Wachstumspakt. Der Wunsch der Staats- und Regierungschefs, das Wachstum anzukurbeln und auf diese Weise mehr Beschäftigung zu schaffen, widerspreche dem Fiskalpakt. Denn der Fiskalpakt mache auf breiter Front Sparhaushalte erforderlich. Das gleichzeitige Ausrufen einer Wachstums- und Beschäftigungsstrategie und die Durchsetzung der Sparpolitik seien im Grunde unvereinbar. Eine nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungsstrategie dürfe nicht durch fortgesetzte, massive Interventionen der Europäischen Zentralbank realisiert werden. Die CESI unterstütze zwar beschäftigungsförderliche Maßnahmen, habe aber Bedenken, wenn diese durch eine Politik des billigen Geldes zu Lasten künftiger Generationen erfolge. Die gegenwärtige Politik der EZB berge das Risiko künftiger Inflation.

CESI begrüßt EWSA-Entschließung

Am 23. Februar hat das Plenum des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) eine Initiativstellungnahme zur wirtschafts- und sozialpolitischen Lage der Europäischen Union verabschiedet. Ende Februar trafen sich die EWSA-Mitglieder Frank Stöhr (dbb), Emilio Fatovic (Conf.S.A.L.) und Raymond Hencks (CGFP) zu einem Arbeitsgespräch mit CESI-Generalsekretär Klaus Heeger und CESI-Direktor Bert van Caelenberg über die sozialen Folgen der Finanzkrise.

Der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion, Frank Stöhr, sorgt sich vor allem um die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. „Die Jugendarbeitslosigkeit ist eines der größten Probleme in Europa; die Staaten müssen endlich etwas dagegen tun", so Stöhr. Emilio Fatovic forderte, dazu müssten konzertiert gemeinsame Lösungen gesucht werden. Raymond Hencks kritisierte die Sparmaßnahmen träfen auf Gesellschaften, die sich bereits tief in der Rezession befänden.



v.l.n.r. Frank Stöhr, Bert van Caelenberg, Emilio Fatovic, Raymond Hencks und Klaus Heeger
© CESI, 2012

Europäische Gerichte steigern Effizienz

Bei den drei Gerichten des Gerichtshofs der Europäischen Union sind mit 1569 neuen Fällen 2011 so viele Rechtssachen eingegangen wie noch nie zuvor. Auch wenn die Anzahl der abgeschlossenen Verfahren ebenfalls gesteigert werden konnte, bleiben sie mit 1518 doch hinter den neuen Vorlagen zurück. Die durchschnittliche Verfahrensdauer konnte etwa beibehalten werden. Für Vorabentscheidungsersuchen benötigten die Gerichte durchschnittlich 16,4 Monate, für Klagen 20,2 Monate und für Rechtsmittel 15,4 Monate.

Kein Kreuz bei der Reiserücktrittsversicherung

Online-Portale wollen dem Kunden häufig auf vielfältige Weise zu seinem Glück verhelfen und ihm möglichst viel dabei verkaufen. Auf der deutschen Seite eines Anbieters für Flüge im Internet war deshalb bei der Preiskalkulation die Reiserücktrittsversicherung immer bereits vorausgewählt. Der Kunde musste, wenn er diese nicht abschließen wollte, im Verlauf der Buchung explizit das entsprechende Kreuz bei der Versicherungsoption entfernen. EuGH-Generalanwalt Mazák hat in einem Schlussantrag nun gefordert, dass die Kunden künftig selber ihr Kreuzchen setzen dürfen. Eine pauschale Voreinstellung widerspreche dem Verbraucherschutz.

Grenzenlose Führerscheine?

EU-Mitgliedsländer dürfen die Anerkennung eines Führerscheins, der von einem anderen Mitgliedstaat ausgestellt wurde, nicht verweigern, nur weil für die Fahrerlaubnis nicht dieselben Voraussetzungen gelten wie im eigenen System. Deutschland wollte einen Führerschein nicht anerkennen, der in Tschechien ausgestellt worden war. Zuvor war derselben Person eine deutsche Fahrerlaubnis verweigert worden, da sie mehrfach rechtskräftig verurteilt worden war, unter anderem wegen Körperverletzung, Fahren ohne Führerschein und gemeinschaftlicher schwerer räuberischer Erpressung. Deutschland hatte laut EuGH-Urteil in diesem Fall jedoch dennoch die Möglichkeit, die Anerkennung zu verweigern, da der Führerschein von den tschechischen Behörden ausgestellt worden war, ohne dass der Antragssteller einen festen Wohnsitz in Tschechien hatte. Dieser ist aber Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung.

Kostenerstattung auch bei Betrug

Wer eine Pauschalreise bucht, soll durch die europäische Pauschalreiserichtlinie davor geschützt werden, aufgrund der Zahlungsunfähigkeit des Reiseveranstalters die Kosten für Rücktransport und die stornierte Reise selber tragen zu müssen. Im vorliegenden Fall lag eine entsprechende Versicherung mit der Hanse-Merkur Reiseversicherung vor. Der Veranstalter der Reise hatte diese Versicherung abgeschlossen. Gleichzeitig hatte der Pauschalreiseveranstalter aber nie geplant, die Reise tatsächlich zu organisieren und die gezahlten Gelder der Urlauber veruntreut. Der EuGH entschied, dass die Versicherung auch in diesem Fall ihre Leistungen zahlen muss, da der Ausfall unabhängig von der Motivation des Reiseveranstalters versichert sei.



Freie Fahrt in Europa
© Gina Sanders - Fotolia.com

Kindergeld für Wanderarbeitnehmer - vielleicht

Ein Mitgliedstaat kann zusätzliche Sozialleistungen für Wanderarbeitnehmer zahlen, er muss aber nicht. Im vorliegenden Fall ging es um polnische Saisonarbeiter in Deutschland, die für die Zeit ihrer Beschäftigung im Land für ihre Kinder Kindergeld beantragt hatten. Die Anträge wurden abgelehnt mit der Begründung, in diesen Fällen sei das polnische und nicht das deutsche Sozialversicherungsrecht anzuwenden. Der Generalanwalt kommt nun zu dem Schluss, dass das Unionsrecht einen Staat zwar nicht zu diesen Leistungen zwingt, ihm aber die Zahlung von Leistungen auch nicht verbietet.

Ausblick

„Weißbuch Renten“ der EU-Kommission Sozialpolitik nach dem T.I.N.A.-Prinzip

von Christian Moos

Mitte Februar 2012 hat die Europäische Kommission ein „Weißbuch Rente“ zur Zukunft der Alterssicherung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) veröffentlicht, das unter den Vorzeichen des demographischen Wandels vor allem auf eine Erhöhung des Renteneintrittsalters und auf eine Ausweitung der kapitalgedeckten Altersvorsorge setzt. Im Folgenden werden Details der europäischen Renten-Agenda dargestellt und aufgezeigt, wie diese im Spannungsfeld der politischen Zuständigkeiten steht.

Wirklich neu ist das Brüsseler Interesse an der Rentenentwicklung in den EU-Mitgliedstaaten nicht – das ruft auch die EU-Kommission in ihrem Weißbuch in Erinnerung. So befasste sich bereits der Europäische Rat von Stockholm im Jahr 2001 ausgiebig mit dem demographischen Wandel und seinen Folgen für die Alterssicherung in Europa. Es ist also mehr als ein Jahrzehnt her, dass die Staats- und Regierungschefs der EU sich anschickten, eine Strategie für den Umgang mit der Alterung zu entwickeln. Schon damals war allen Beteiligten klar, dass die demographische Entwicklung zur absehbar größten Herausforderung für die Europäer werden würde.

Dass es in der Zwischenzeit unabhängig vom demographischen Wandel beinahe zur Kernschmelze des Weltfinanzsystems gekommen wäre und die europäische Gemeinschaftswährung inzwischen unter großem Druck steht, ahnte 2001 niemand. Der massive Anstieg der Staatsverschuldung, zu dem antizyklische Maßnahmen in der Rezession des Jahres 2009, vor allem aber die Stützung maroder Banken beigetragen haben, war so nicht vorherzusehen.

Die enorm hohe Staatsverschuldung praktisch aller EU-Staaten ist aber nicht nur ein Problem für diejenigen, die den Euro eingeführt haben. Sie ist nicht nur ein akutes Problem der Eurozone. Die hohen Zinslasten der öffentlichen Haushalte bedeuten auch langfristig eine schwere Hypothek. Sie engen den Handlungsspielraum der Regierungen zur Bewältigung der Alterungsfolgen massiv ein.

Gescheiterte Strategie

Schon 2001 bestand Konsens unter den Staats- und Regierungschefs, dass die auch damals schon fast überall in Europa zu hohe Staatsverschuldung abzubauen sei. Der Staatsschuldenabbau war der erste Teil einer „dreigliedrigen Strategie“ im Zusammenhang mit der Alterung. Des Weiteren sollte die Beschäftigungsquote erhöht werden, um das numerische Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern zu verbessern. Schließlich rief der Europäische Rat zu Reformen der Systeme der sozialen Sicherheit auf, um diese finanziell auf den demographischen Wandel einzustellen.

Der Europäische Rat von Laeken hatte gleichfalls im Jahr 2001 die offene Methode der Koordinierung (OMK) für die Systeme der Alterssicherung in Europa eingeleitet. Die OMK war Teil der so genannten Lissabon-Strategie, die die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends geprägt hat.



Wohin führt der Weg eines alternden Europas?
© Marina Ignatova - Fotolia.com

Die OMK wird gemeinhin als ein Instrument des „weichen Regierens“ bezeichnet (soft governance), weil sie eben nicht zu konkreter Rechtsetzung auf EU-Ebene führt (soft law). Sie sollte in der Alterssicherung ein gegenseitiges Lernen der Mitgliedstaaten ermöglichen und Anreize für Rentenreformen geben, für die die Mitgliedstaaten zuständig waren, was diese nach geltendem EU-Vertragsrecht auch weiterhin sind. Zehn Jahre später lässt sich festhalten, dass die OMK als nicht-legislativer Ansatz weitgehend gescheitert ist.

Problem der Alterung

2012 hat sich die Landschaft gravierend verändert. Zum einen ist das Problem der Alterung drängender geworden – in den besonders betroffenen EU-Staaten, zu denen Deutschland mit einer Geburtenrate von rechnerisch etwas über

Ausblick

1,4 Kindern pro Frau zählt, werden die Folgen des demographischen Wandels allmählich spürbar, sie sind nicht mehr nur Gegenstand akademischer Betrachtungen. In ihrem Weißbuch – ihrer Agenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten – bringt die EU-Kommission diese Entwicklung auf den Punkt: „Die Babyboom-Generation geht in den Ruhestand, und Europas Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter beginnt zu schrumpfen."

Diese Entwicklung ist auf die geburtenschwächeren Jahrgänge und die gleichzeitig (erfreulicherweise) allgemein steigende Lebenserwartung zurückzuführen. Die Folgen des sich nach heutigem Stand bis 2030 immer weiter verschärfenden Missverhältnisses von Berufstätigen zu Ruheständlern könnten jedoch dramatisch sein: Altersicherungssysteme könnten zusammenbrechen, Altersarmut in heute unvorstellbarem Ausmaß wäre die Folge. Sogar neue weltweite Finanzmarktkrisen könnten ausgelöst werden – denn Pensionsfonds sind wichtige Anleger auf dem Weltkapitalmarkt.

Bei alledem darf nicht vergessen werden, dass die Europäer nicht allein sind, was die Alterung der Bevölkerung angeht. Auch Japan etwa ist massiv betroffen; sogar China, das heute die Weltkonjunktur befeuert, hat aufgrund der lange im Reich der Mitte praktizierten Ein-Kind-Politik ein scharfes Überalterungsproblem.

Europäisches Konzept

Das „Weißbuch Rente" folgt auf eine Konsultation der europäischen Öffentlichkeit, die die EU-Kommission im Jahr 2010 durchgeführt hatte. Für den dbb beamtenbund und tarifunion, der sich an der Konsultation beteiligte, machte der GdS- und stellvertretende dbb - Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt die Alterung zu einem Leitthema in der Europäischen Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI). Dauderstädt, der den Vorsitz im CESI-Fachausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (SOC) innehat, betrachtet den demographischen Wandel schon lange als eine der größten gewerkschaftspolitischen Herausforderungen.

Auch die das Problem verschärfende Wirkung der Finanzkrise hatte Dauderstädt frühzeitig angesprochen: „Die Krise hat gezeigt, dass wir auf europäischer Ebene ein Konzept für die Altersversorgung benötigen." Allerdings sieht Dauderstädt ein schwerwiegendes Dilemma. „Wir wollen nicht, dass die EU sich in die Gestaltung unserer sozialen Sicherungssysteme einmischt. Gleichzeitig gibt es aber aufgrund der hohen weltweiten Wirtschaftsverflechtung immer mehr Sachzwänge, die nationale Gestaltungsfreiheit in der Sozialpolitik immer weiter einengen."

Tatsächlich bewegt sich die Renten-Agenda der EU-Kommission in einem komplexen Spannungsfeld der Zuständigkeiten – das zeigen das Weißbuch und die Diskussion um die darin vorgeschlagenen Maßnahmen. Rechtlich unterliegt die Sozialpolitik einer geteilten Zuständigkeit von Europäischer Union und Mitgliedstaaten; aufgrund des in wesentlichen Fragen (wie etwa der Regelung der Sozialversicherungssysteme fortbestehenden) Einstimmigkeitsprinzips ist sie faktisch jedoch nach wie vor Sache der Nationalstaaten. Die oberste Verantwortung liegt bei den Mitgliedstaaten, sagt auch die EU-Kommission, nicht ohne ihre Verpflichtung zu betonen, „die Tätigkeiten der Mitgliedstaaten im Bereich des Sozialschutzes zu unterstützen und zu ergänzen".



Rentenpolitik unter dem europäischen „Sternenbanner"
© Alterfalter - Fotolia.com

Enormer Spardruck

Binnenmarkt und Währungsunion haben in den vergangenen zwanzig Jahren dazu geführt, dass der Spielraum für souveräne Entscheidungen in der Sozialpolitik kleiner geworden ist. Europäisches Binnenmarkt- und Wettbewerbsrecht setzen die Rahmenbedingungen. Nach vier Jahren der Weltfinanz- und Euroschuldenkrise gerät die Sozialpolitik zudem zusehends unter den Druck von Sparprogrammen. So warben die Jahreswachstumsberichte der EU-Kommission von 2011 und 2012 für Rentenreformschritte, „die zu einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung der Finanzen beitragen". So plädiert Brüssel unter an-

Ausblick

derem für eine Koppelung von Lebenserwartung und Ruhestandsalter und die Beschränkung von Frühverrentungen.

Darüber hinaus leitet die EU-Kommission aus der von der Globalisierung ausgehenden Entgrenzung eine so in den Verträgen gar nicht gegebene sozialpolitische Kompetenz ab. Die Mitgliedstaaten seien wirtschaftlich und gesellschaftlich immer enger miteinander verflochten, heißt es im Weißbuch, Erfolg oder Misserfolg der nationalen Pensions- und Rentenpolitik würden auch jenseits der nationalen Grenzen innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion spürbar. „Renten und Pensionen entwickeln sich in der EU zunehmend zu einem Thema von gemeinsamem Interesse." Wer hier die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit einwenden will, sieht sich mit dem Argument billionenschwerer Rettungsschirme konfrontiert, unter denen Staaten nur um den Preis der Aufgabe ihrer Souveränität Zuflucht finden.



Erneuerung
© vsurkov - Fotolia.com

Die Gewerkschaften stehen vor allem deshalb vor einem Dilemma, weil eben die nationale Kernkompetenz in der Alterssicherung längst unterspült ist. Die Gestaltung von Sozialschutzsystemen wird durch eine Vielzahl von Faktoren bedingt, die sehr verschieden sein können, aber allesamt eines gemein haben: Sie entziehen sich dem Zugriff des nationalen Gesetzgebers. Daraus die Forderung nach einer originär europäischen Sozialpolitik abzuleiten, wäre freilich verfrüht, wenn auch denklogisch und langfristig richtig. Noch aber – und wohl auch noch lange – bestehen zu viele offene Fragen, vor allem was die demokratische Rückbindung sozialpolitischer Entscheidungen anbetrifft.

Keine Alternativen?

Allerdings sind die vermeintlichen Schutzräume nationaler Ordnungsrahmen und Regelungsverfahren eben nur noch behaglich, wenn man sich in eine sinnentleerte Beteiligung sichernde Ohnmacht fügt. Sozialpolitische Verteilungsspielräume werden auf nationalstaatlicher Ebene beinahe nur noch von solchen Kräften ausgelotet, die gemeinhin (und aus mannigfaltigen Gründen wohl auch zu Recht) als unseriös gelten. Der politische Mainstream folgt dem T.I.N.A.-Prinzip: „There Is No Alternative". Markt und Wettbewerb in einer globalen Welt (und demnächst Schuldenbremsen in allen geschriebenen und nicht geschriebenen europäischen Verfassungen) erlauben keine Alternativen – das ist eine für die Demokratie durchaus kritische Entwicklung.

Das Argument der Alternativlosigkeit zieht sich wie ein roter Faden durch die Kommissionsagenda für angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten. Das Weißbuch ist ein gutes Beispiel für das T.I.N.A.-Prinzip – gleich der zweite Satz der Einleitung des Weißbuchs unterstreicht dies eindrücklich: „Wenn Frauen und Männer angesichts der gestiegenen Lebenserwartung nicht auch länger im Berufsleben bleiben und mehr für ihren Ruhestand ansparen, können keine Renten und Pensionen in angemessener Höhe garantiert werden, da die erforderliche Erhöhung der Ausgaben auf Dauer nicht finanzierbar wäre."

Bis zur Weltfinanzkrise gab die EU-Kommission kapitalgedeckten Renten den Vorzug vor umlagefinanzierten, was sich entsprechend in ihren Empfehlungen an die Mitgliedstaaten niedergeschlagen hat. Inzwischen erkennt Brüssel an, dass auch kapitalgedeckte Alterssicherungssysteme nicht unproblematisch sind. Sie sieht sogar eine durch die Demographie bedingte Schwächung: „Kapitalgedeckte Systeme kämpfen mit sinkenden Vermögenswerten und geringeren Erträgen."

Der dbb hatte schon sehr früh in seinen Stellungnahmen auf diesen Zusammenhang hingewiesen: Mit einer schrumpfenden Erwerbsbevölkerung geht auch das Potenzialwachstum der Wirtschaft zurück – es sei denn, die innovationsbedingten Produktivitätszuwächse vermögen diesen Rückgang auszugleichen. Wo es weniger Wachstum gibt, fallen auch die Renditen magerer aus.

Ausblick

Mehrere Hauptziele

In ihrem Weißbuch verfolgt die Kommission mehrere Hauptziele. Höhere Erwerbsquoten – vor allem von Frauen und älteren Arbeitnehmern – sollen dazu führen, dass das Verhältnis zwischen Leistungserbringern und Leistungsempfängern finanziell tragfähig bleibt. Einen aus Gewerkschaftssicht sehr begrüßenswerten Gedanken führt die Kommission unter dem Gesichtspunkt der Akzeptanz von Rentenreformen an. So müsse die Tatsache berücksichtigt werden, „dass die Fähigkeit zu arbeiten – und Arbeit zu finden – individuell sehr verschieden ist und dass Arbeitskräfte, die schon früh ins Berufsleben eingestiegen sind, mit 60 oder 65 Jahren meist eine geringere Lebenserwartung haben und einen schlechteren Gesundheitszustand".



Alterungszeit
© verinize - Fotolia.com

Wiewohl die Kommission – ohne definitive Altersgrenzen zu beziffern – die Regelaltersgrenze von 67 Jahren als positives Rentenreformbeispiel anführt, lässt sich aus dieser zu berücksichtigenden Tatsache doch allerlei ableiten, was auch für die Debatte in Deutschland relevant sein dürfte. Klug erscheint auch die Einsicht, dass längere Lebensarbeitszeit einer Reihe beschäftigungs- und sozialpolitischer Begleitmaßnahmen bedarf – die Entlastung der Rentensysteme wäre nämlich teuer erkauft, wenn sie zu einer Belastung anderer Bereiche der Sozialversicherung (Arbeitslosigkeit, Invalidität, „Hartz IV") führen würde.

Gefahr für Betriebsrenten

Kritischer zu bewerten sind die Vorhaben, die auf eine größere Übertragbarkeit von Betriebsrenten (Portabilität) und auf mehr Wettbewerb abzielen. So plant die Kommission, die grenzübergreifende Tätigkeit von Trägern der betrieblichen Altersvorsorge zu erleichtern. Im Weißbuch ist von Effizienzgewinnen durch „Skalenerträge" und „Risikodiversifizierung" die Rede; letzteres klingt gut, Skalenerträge gehen aber mit Größe einher. Je größer die Träger sind, desto weniger von ihnen gibt es in der Summe – das wiederum klingt nicht nach Risikodiversifizierung.

Vor allem aber könnte eine größere Übertragbarkeit von Betriebsrentenansprüchen für die deutschen Verhältnisse nachteilig sein. Kostensteigerungen könnten Unternehmen, die ihren Mitarbeitern Zusatzversorgungssysteme anbieten, dazu bewegen, dieses Angebot zu überdenken. Größere Liquiditätsanforderungen könnten vor allem umlagefinanzierte Zusatzversorgungssysteme gefährden. Bei den Betriebsrenten – das darf nicht vergessen werden – handelt es sich um eine freiwillige Arbeitgeberleistung.

Der dbb wird jedenfalls ausführlich zum Weißbuch Stellung nehmen. Alles in allem bleibt die Erkenntnis, dass auch in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik mehr Europa gebraucht wird – es muss nur richtig gemacht werden.

Der Beitrag erscheint in der Märzausgabe des GdS-Magazins

Termine

12.03.2012	Treffen der Eurogruppe
12.-15.03.2012	Plenum Europäisches Parlament, Straßburg
13.03.2012	EU-De-Briefing Rat Justiz und Inneres, Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland,8.30 Uhr, Sophienstraße 28/9,Berlin
15.03.2012	Europäischer Tag des Verbrauchers
16.03.2012	Beginn der 21. Europäischen Kulturtage, Karlsruhe
21.03.2012	Europäischer Abend, „Macht oder Ohnmacht – Europas Demokratie in der Krise?", dbb forum, Berlin
21.03.2012	Internationaler Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung (UNO)
24.03.2012	Demonstration der Europa-Union Deutschland vor der ungarischen Botschaft – „Ungarn muss Teil der europäischen Wertegemeinschaft bleiben"
30./31.03.2012	Informelles Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister, Kopenhagen

Einblick

Gespräch mit Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel



© CDU Baden-Württemberg, 2012

Erwin Teufel war von 1991 bis 2005 Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzender Baden-Württembergs. Dem Stuttgarter Landtag gehörte der 72jährige gelernte Diplom - Verwaltungswirt 1972 bis 2006 an. Im Europäischen Konvent, der von Februar 2002 bis Juli 2003 einen Verfassungsvertrag für die Europäische Union erarbeitete, repräsentierte Teufel die deutschen Bundesländer. Bis 2008 war er Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Teufel ist nach wie vor in vielen zivilgesellschaftlichen Vereinen und Organisationen aktiv. Er ist unter anderem Präsident des Deutsch-Französischen Instituts in Ludwigsburg. Bundesregierung und Bundestag haben den Christdemokraten 2008 bis 2012 als Mitglied in den Deutschen Ethikrat berufen.

Europathemen: *„Das vereinte Europa ist für mich die späte Lehre aus der Geschichte, die Verwirklichung eines großen Traums." Das haben Sie 2004 in einem Vortrag über Europa gesagt. 2012 ist der Euro in der Krise, in Ungarn gibt es autokratische Tendenzen, in den Niederlanden ruft Geert Wilders im Internet dazu auf, Leidensberichte über die Erfahrungen mit Osteuropäern einzuschicken. Ist aus dem Traum ein Alptraum geworden?*

Teufel: Das sehe ich nicht so. Zunächst einmal muss man hervorheben, was sich in diesen acht Jahren positiv verändert hat. Aus der Erfahrung des Gipfels von Nizza - der mit fünf Tagen und vier Nächten nicht nur der längste Gipfel war, sondern gleichzeitig auch der mit dem vergleichsweise geringsten Ertrag - haben die Staats- und Regierungschefs die Lehre gezogen, in Laeken einen Konvent für eine europäische Verfassung einzurichten. Der Konvent hat einen Entwurf erarbeitet, der auch von den Staats- und Regierungschefs unterschrieben wurde. Außerdem ist er im Deutschen Bundestag und im Bundesrat mit haushoher Mehrheit verabschiedet worden. Das gleiche ist in 19 weiteren europäischen Ländern geschehen. Leider ist er in Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheitert. Aber im Lissabonner Vertrag sind mindestens 90 Prozent des Inhalts des Verfassungsvertrags umgesetzt worden. Damit sind die europäischen Institutionen und die demokratischen Strukturen nennenswert gestärkt worden. Das alles ist sehr positiv. Und dennoch, wahr ist auch, was sich in den letzten drei Jahren rund um die Gemeinschaftswährung getan hat, ist natürlich eine ungeheure Belastung.

Europathemen: *Sie haben persönlich am Verfassungsvertrag mitgearbeitet, haben ihn auch zu Ihrem Projekt gemacht. Wie haben Sie das Scheitern damals empfunden?*

Teufel: Das war eine große Enttäuschung, zumal ich glaube, dass der Vertrag in Frankreich nicht an europäischen Fragen gescheitert ist. Stattdessen war das die erste Protestmöglichkeit der Franzosen, die Chirac zum Teil zwangsweise gewählt haben, weil die Alternative Le Pen hieß. Also haben viele Sozialisten Chirac gewählt, aber mit der Faust in der Tasche. Und bei der Abstimmung über den Verfassungsvertrag haben sie sich gerächt. Es war keine Abstimmung über Europa in Frankreich, sondern eine Abstimmung über den Präsidenten und die französische Regierung. Aber das Ergebnis war so wie es ist.

Europathemen: *2009 ist statt der Verfassung ein neuer Vertrag in Kraft getreten. Ist er ein guter Kompromiss?*

Teufel: Der Lissabonner Vertrag hat etwas sehr Positives und etwas sehr Negatives. Das Positive ist, dass 90 Prozent des Verfassungsvertrags aufgenommen wurden. Das Negative ist, dass die Erneuerung über die Änderung von zwei Uraltverträgen in nicht weniger als 500 Punkten erfolgt ist. Dabei ist etwas völlig Unverständliches für den

Normalbürger herausgekommen. Das, was der Verfassungsvertrag auch bringen sollte, nämlich eine verständliche, für den interessierten Bürger lesbare Verfassung, so wie eine Landesverfassung bei uns oder das Grundgesetz, ist im Lissabonner Vertrag nicht verwirklicht worden.

Europathemen: *Sollte also ein neuer Konvent einberufen werden, mit dem Ziel, genau so einen verständlichen Vertrag abzuschließen?*

Teufel: Das würde ich nicht für gut halten. Vielmehr ist es wichtig, dass jetzt alle positiven Aspekte des Lissabonner Vertrags tatsächlich umgesetzt werden. Der Vertrag hat viele gute Aspekte. Der wichtigste ist, dass das Europäische Parlament seit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags ein echtes Parlament mit Gesetzgebungsbefugnis für die europäischen Fragen ist. Es ist vergleichbar mit dem Bundestag und der Assemblée Nationale. Außerdem muss nun der Europäische Rat als zweites Gesetzgebungsorgan öffentlich tagen. Bis zum Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags hat europäische Gesetzgebung nicht öffentlich stattgefunden. Und es darf auch nicht vergessen werden, dass wir in diesem Vertrag zum ersten Mal eine Kompetenzordnung haben. Das ist ein wesentlicher Teil jeder Verfassung. Es muss wie bei uns im Grundgesetz klar geregelt sein, wofür Europa zuständig ist. In Europa sind der europäischen Ebene über Jahrzehnte Aufgaben zugewachsen, die überhaupt nicht nach Europa gehören, die man jederzeit wieder nach dem Subsidiaritätsprinzip auf die Ebene des Nationalstaates, der Regionen, bei uns der Länder, der Kommunen, der Städte und Gemeinden zurückgeben könnte. Dort würden sie sehr viel bürgernäher erledigt werden als auf der europäischen Ebene.

Europathemen: *Der Europäische Rat hat in den vergangenen Monaten viele schwerwiegende Entscheidungen unter großem Zeitdruck durchsetzen müssen. Wie wichtig sind in dieser Konstellation europäische Führungspersönlichkeiten?*

Teufel: Gute Führungspersönlichkeiten sind natürlich immer ein großer Vorteil, grade in Krisenzeiten. Man muss Zustimmung finden in den gewählten Organen und dafür ist Führungskraft nötig. Außerdem müssen die getroffenen Entscheidungen den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln werden und dafür wird wiederum Argumentationskraft, Glaubwürdigkeit und Führungsstärke benötigt.

Europathemen: *Gibt es diese Art von Führung zurzeit in Europa?*

Teufel: Ich glaube schon. Es wurde viel Führungskraft benötigt, um die Beschlüsse zum Euro in den letzten zwei Jahren durchzusetzen und zu einem Konsens zu kommen, um voran zu gehen und andere, die zögerten, mitzunehmen. Und es war auch sehr viel Führung und Überzeugungskraft nötig, um zum Beispiel stabile Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat zustande zu bringen. Dafür haben meiner Meinung nach Deutschland und Frankreich ein Beispiel gegeben. Aber wir dürfen dabei zwei wichtige Aspekte nicht aus den Augen verlieren. Erstens muss Deutschland sich immer an einem gemeinsamen Vorgehen mit Frankreich orientieren. Zweitens müssen wir aber auf alle kleineren Mitglieder, die rechtlich ebenbürtig sind, Rücksicht nehmen und dürfen nicht einfach über ihre berechtigten Anliegen hinweggehen. Ersteres ist hervorragend gelungen in den letzten Monaten. Letzteres lässt etwas zu wünschen übrig.



Erwin Teufel: Mehr Rücksicht auf die kleineren Mitgliedsländer
© Brenner, dbb, 2012

Europathemen: *Werden die Entscheidungen in Deutschland und in Europa von einer Europabegeisterung zumindest der Eliten getragen oder gibt es das so nicht mehr?*

Teufel: Begeisterung entsteht durch Ereignisse. Begeisterung in Europa gab es über den Danziger Aufstand, über die ungarische Entscheidung, den Eisernen Vorhang nach Österreich hin zu öffnen. Begeisterung gab es beim Fall der Mauer, am Tag der Wiedervereinigung. Aber Begeisterung kann man nicht im Alltag erzeugen. Im Alltag muss bei jedem einzelnen Menschen und bei denen, die Verantwortung für das Gemeinwesen tragen, die Vernunft regieren.

Europathemen: *Wie kann dennoch die europäische Idee im Alltag verwurzelt werden, auch ohne Weltereignisse?*

Teufel: Indem wir auch den jungen Leuten verdeutlichen, und den Älteren immer wieder ins Bewusstsein rufen, wie europäische Geschichte ausgesehen hat bis 1945 und wie europäische Geschichte seit dem Jahr 1945 aussieht. Es kam vor zwei Jahren zur Frankfurter Buchmesse das Werk des amerikanischen Historikers James Sheehan heraus. Der Titel „Der Kontinent der Gewalt“. Kein Ehrentitel für Europa. Und in diesem Buch weist Sheehan nach, dass es seit dem westfälischen Frieden 1648, der den Dreißigjährigen Krieg abgeschlossen hat, nicht weniger als 48 Kriege in Europa gegeben hat. Der Krieg war nicht der Ausnahmefall, sondern der Normalfall der europäischen Geschichte. Die europäischen Völker haben nicht nur nicht zusammengearbeitet, sondern haben Rücken an Rücken gestanden und haben Kriege gegeneinander geführt. Wenn auch spät, die Europäer haben aus der Geschichte gelernt.



„Er wollte die Vereinigten Staaten von Europa“
© Brenner, dbb, 2012

Europathemen: *Wann war für Sie die Initialzündung der europäischen Einigung?*

Teufel: Spätestens 1946 mit der ersten Europarede in der Universität Zürich durch den Kriegspremier Winston Churchill, die noch heute sehr bemerkenswert ist. Er wollte die Vereinigten Staaten von Europa und forderte die Deutschen und die Franzosen auf, damit zu beginnen. Die Entwicklung die darauf gefolgt ist – vom Nukleus Montan-Union über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, die Europäische Gemeinschaft bis hin zur Europäischen Union – ist historisch einmalig und etwas grundsätzlich Neues. Aus der Gemeinschaft der Sechs sind durch Süderweiterung, Westerweiterung, Norderweiterung immer mehr Länder geworden. Die große Zeitenwende des Jahres 1989 hat die Ausweitung der Gemeinschaft nach Ost- und Südosteuropa ermöglicht, also in klassische europäische Länder hinein.

Europathemen: *Wie hat sich der Blick auf Europa seitdem verändert?*

Teufel: Der erste freigewählte ungarische Ministerpräsident József Antall sagte mir vor gut zwanzig Jahren in Budapest, Ungarn gehe zurück nach Europa. Aber er sagte auch, das sei ganz falsch formuliert. Ungarn habe sich nie von Europa verabschiedet. Nur die sowjetische Hegemonie habe den politischen Anschluss an Europa verhindert. Gerade heute müssen wir diese historische Chance des Friedens und der Zusammengehörigkeit in Europa wieder mehr betonen. Wenn wir das in den Universitäten und in den Schulen wieder stärker vermitteln, können wir auch ein Gefühl der Bejahung Europas erzeugen. Die heutige junge Generation ist bereits die dritte, die selber keinen Krieg mehr erlebt hat. Wann hat es das jemals in der europäischen Geschichte gegeben? Aber der Friede ist auch jetzt kein Naturzustand. Es bedarf weiter der Friedensstifter. Frieden und Freiheit sind nicht ein für alle Mal gesichert, sondern müssen von jeder Generation neu erarbeitet werden. Und genau dafür brauchen wir Europa. Und dafür müssen wir die Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Die junge Generation muss das wissen, wenn sie in Europa die Stafette übernimmt.

Europathemen: *Gibt es eine europäische Öffentlichkeit?*

Teufel: Da müssen wir auch auf dem Boden bleiben. Eine wirkliche Öffentlichkeit gibt es auf der Ebene der Gemeinde. Dort kann ein Bürger die Lösungsansätze und die Alternativen der Gemeinderatsfraktionen und des Bürgermeisters selbst beurteilen. Dort kann er in Bürgerversammlungen gehen, dort kennt er Leute, die im Rat sind, die er für seine Anliegen direkt ansprechen kann. Das ist die klassische Öffentlichkeit. Aber schon in der Landespolitik in einem Land wie Bayern, Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg ist die Politik schon auf die Vermittlung der Medien angewiesen. Es gibt also eine vermittelte Öffentlichkeit. Die Bundespolitik kann in den gängigen Medien durch interessierte Bürgerinnen und Bürger noch gut nachvollzogen, aber auch nicht täglich mitgestaltet werden. Im Gegensatz dazu fand aber europäische Gesetzgebung bis vor zwei Jahren hinter verschlossenen Türen statt, weil der Europäische Rat nicht öffentlich tagte. Wie soll da eine europäische Öffentlichkeit entstehen?

Heute ist es zwar so, dass die großen nationalen Zeitungen zwei Korrespondenten in Brüssel haben und eine vorzügliche Übersetzungsarbeit leisten. Aber wer liest die? Das ist ein Teil interessierter Bürger, die auch Entscheidungsträger sind in allen Bereichen der Wirtschaft, der Politik. Wer interessiert ist, ist informiert. Aber es kann nicht vom Normalbürger erwartet werden, dass er jeden Tag Korrespondentenberichte aus Brüssel liest. Deswegen glaube ich, dass wir unmittelbare Partizipation und Beteiligungsmöglichkeiten natürlich eher weiter unten als auf der europäischen Ebene haben.



Europa muss Antworten finden auf die Probleme der Zeit
© Brenner, dbb, 2012

Europathemen: *Welche Verpflichtung ergibt sich daraus für die Politik?*

Teufel: Auf allen Ebenen Europas muss größtmögliche Transparenz geschaffen werden. Wie können wir das verbessern? Einerseits indem der Europäische Rat öffentlich tagt und seine Entscheidungen im Diskurs mit den Bürgern rechtfertigt. Auch das Europäische Parlament muss weiter seine Funktion als Bürgervertretung wahrnehmen. Andererseits müssen sowohl Journalisten als auch Abgeordnete ihre Brückenfunktion von Europa in die Länder erfüllen und noch stärker in die Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern eintreten. Letztlich wird aber auch das immer eine vermittelte Information bleiben und keine basisdemokratische Direktbeteiligung, sondern vielmehr eine indirekte Beteiligung über demokratische Strukturen und Wahlen. Das ist aber dringend geboten.

Europathemen: *Sie betonen die Rolle der Eliten für die europäische Integration. Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der letzten Jahre?*

Teufel: Ich bin über einzelne Teile dieser letzten drei Europa-Urteile erschrocken. Das sage ich ganz offen. Das Grundgesetz ist seit seiner Verabschiedung eine Verfassung, die sich Europa geöffnet hat. Das Grundgesetz sieht die Zukunft Deutschlands in einem vereinten Europa. Dies zieht sich durch den gesamten Text, von der Präambel bis zum Artikel 23, der dies nach der Wiedervereinigung noch einmal verdeutlicht hat. Ich glaube deshalb, anders als zumindest teilweise das Bundesverfassungsgericht, dass das Grundgesetz einer Weiterentwicklung der Europäischen Union nicht im Wege steht.

Europathemen: *Warum ist die europäische Integration wichtig für Deutschland?*

Teufel: Europa kommt dann voran, wenn wir in gutem Geist und in guter Nachbarschaft zusammenleben, wenn es keine Grenzen mehr gibt, weder für Menschen, noch für Güter. Das alles geschieht in einer Welt, die immer stärker vernetzt ist, die immer stärker zu einer gemeinsamen Welt wird. Europa ist heute mindestens so wichtig wie in den 1950er Jahren. Globalisierung ist kein Schlagwort mehr, sondern eine Realität. Wenn Europa nun auf Welthandelskongressen, auf Weltwährungskonferenzen mit 27, bald 28 Stimmen redet, hat es überhaupt keine Stimme. Wenn aber Europa mit einer Stimme spricht, dann wird niemand an Europa vorbeigehen können. Dann werden wir auch in einer Welt, die immer mehr zusammenwächst, eine wichtige Rolle spielen. Davon bin ich überzeugt. Das setzt aber voraus, dass dieses Europa Antworten findet auf die Probleme der Zeit, auch künftig zusammenhält und sich weiterentwickelt.

Europathemen: *Glauben Sie, das kann in den kommenden Jahren gelingen?*

Teufel: Ich glaube das sehr wohl. Und so schwierig die Aufgaben heute sind, sind sie doch um vieles einfacher als es die Aufgaben nach 1945 für die Gründergeneration Europas waren. Viel einfacher.

Impressum

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstr. 169/170
10117 Berlin
Tel.: +49/(0)30/4081-40
Fax: +49/(0)30/4081-4999

ViSdP Christian Moos, Thomas Bemmann

Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Kontakt:

Lob & Kritik, An-& Abmeldungen
europathemen@dbb.de

Internet: http://www.dbb.de